



DIE LINKE.

Info - Blatt des
Kreisverbandes Harz

Nr.199

Spende

Juni – 4/2015

Harzer LINKE kritisiert Brehmer-Zustimmung zum Tarifeinheitsgesetz

Harzkreis/Berlin. Auf der jüngsten Sitzung des Deutschen Bundestages vom 22. Mai stimmte die Regierungsmehrheit aus CDU/CSU und SPD dem umstrittenen „Gesetz zur Tarifeinheit“ zu. Die Oppositionsfractionen DIE LINKE und Grüne stimmten gegen das Gesetz. Auch die Harzer CDU-Bundestagsabgeordnete Heike Brehmer stimmte in der namentlichen Abstimmung dem Gesetz zu.

Im Wahlkreis der CDU-Abgeordneten trifft Brehmers Votum auf scharfe Kritik und Ablehnung. In einer gemeinsamen Erklärung kritisieren die Harzer Landtagsabgeordneten der Partei DIE LINKE Evelyn Edler (Wernigerode), Monika Hohmann (Hedersleben) und André Lüderitz (Ilsenburg) das Gesetz als eine verfassungswidrige Einschränkung des Streikrechts. Artikel 9 des Grundgesetzes garantiere das Streikrecht unabhängig von der Größe einer Gewerkschaft.

Unter dem Deckmantel der Tarifeinheit verstecke sich nichts anderes als ein fundamentaler Angriff auf das Streikrecht und die Verfassung. Union und SPD wollen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das Recht nehmen, sich frei in einer Gewerkschaft zu organisieren und für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne zu kämpfen. Frau Brehmer müsse sich fragen lassen, wie glaubwürdig ihre Teilnahme an DGB-Maikundgebungen wie in diesem Jahr in Wernigerode sei, wenn sie nur drei Wochen später im Bundestag Arbeitnehmerrechte mit Füßen trete.

Fortsetzung des Artikels und den Link zur namentlichen Abstimmung in dieser Ausgabe, siehe Postmappe, Harzer Pressemitteilung.

Kampagnenstart im Harz: „Das muss drin sein.“



Mitglieder und Interessierte des Kreisverbandes Harz & Ortsverbandes Halberstadt beim Info-Stand in Halberstadt auf der 1.Mai - Kundgebung des DGB



Unter dem Motto „Gallert interessiert's“ ist der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag Wulf Gallert bis zum Sommer des Jahres in unseren Landkreisen Sachsen-Anhalts unterwegs. So auch in Elbingerode beim Bürgergespräch.

u.a. in dieser Ausgabe

DIE LINKE Landes- und Bundesebene:

- ❖ J. Korte: „Luftlöcher bei der Sicherheit“
- ❖ BTF: Dr. R. Hein & S.Karawanskij
- ❖ PV: Brief an die Mitglieder

Aktuelles aus der Region:

- ❖ Rückblicke: 1.Mai - 5.Mai - 8.Mai 2015
- ❖ Gallert interessiert's - Landtagsabgeordnete vor Ort
- ❖ B. Bull: „Regieren in einer Demokratie: ...“
- ❖ H. Quade: Menschenwürdige Unterkunft ...“
- ❖ Postmappe und „Harzlautsplitter“

1. Mai – Kampagnenstart in Sachsen-Anhalt



Am 1. Mai startete DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wie angekündigt die bundesweite Kampagne »Das muss drin sein. Gegen prekäre Lebens- und Arbeitsbedingungen«

mit Infoständen und Maifesten im ganzen Land.

DGB-Maikundgebung in Wernigerode mit Kritik an Sozial- und Rentenpolitik

Am 1. Mai, dem „Tag der Arbeit“, folgten mehrere hundert Einwohner und Gäste der Stadt der Einladung des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB zur traditionellen Maikundgebung und Familienfest auf den Marktplatz Wernigerode. An zahlreichen Infoständen präsentierten sich die Gewerkschaften DGB, ver.di, IG Metall und GEW sowie die Parteien DIE LINKE, SPD und CDU den Bürgerinnen und Bürgern, informierten über ihre Arbeit und luden zu persönlichen Gesprächen ein.

Nach der Eröffnung durch DGB-Kreisvorstand Kurt Auerswald kritisierte Hauptrednerin Tatjana Stoll, 1. Bevollmächtigte der IG Metall Halberstadt, die zahlreichen Ausnahmen beim gesetzlichen Mindestlohn. Die Einführung der Rente mit 67 und das Abschmelzen des Rentenniveaus führen laut Stoll zu millionenfacher Altersarmut künftiger Rentner und forderte deshalb eine Kurskorrektur von Union und SPD. Angesichts steigender rechtsextremer und rassistischer Aufmärsche und Übergriffe rief sie zum entschlossenen Handeln gegen jede Form von Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit auf.

Auch die Wernigeröder LINKE-Landtagsabgeordnete Evelyn Edler nahm gemeinsam mit Stadträten und Mitgliedern der Wernigeröder LINKEN an der Maikundgebung teil und warb für die längst überfällige Westangleichung der Löhne und Renten, die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern und die Bekämpfung der Zeit- und Leiharbeit zu Niedriglöhnen. Zudem sammelte die Partei weitere Unterschriften gegen das Freihandelsabkommen TTIP, welches nach Ansicht der LINKEN zur

Verschlechterung der Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards führen wird. (ChH)



DGB-Maikundgebung auf dem Wernigeröder Marktplatz



In Halberstadt Gästehaus Spiegelsberge



In Quedlinburg auf dem Gelände der AWO

Harzer LINKE gratulierte mit Blumen zum 197. Geburtstag von Karl Marx

Am 5. Mai gratulierten Abgeordnete, Mitglieder und Sympathisanten der Harzer LINKEN Karl Marx, dem Philosophen und Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, zu dessen 197. Geburtstag. Regionalgeschäftsführer Rainer Zühlke, Stadtfraktionschef Thomas Schatz und Ortsvorsitzender Christian Härtel legten dazu am 1953 in der Salzbergstraße in Wernigerode errichteten Marx-Denkmal Blumen nieder.



Brigitte Böttcher aus Darlingerode, ehem. Vorsitzende des KV Wernigerode und Mitglied unserer FRK lässt es sich nicht nehmen jedes Jahr bei der Ehrung von Karl Marx dabei zu sein

Der Wernigeröder Ortsvorsitzende Christian Härtel würdigte in einer Ansprache Leben und Schaffen des weltbekannten Kapitalismuskritikers und ging dabei auf aktuelle Themen ein. So sei es laut Härtel Zeit für einen Kurswechsel in der Sozial- und Finanzpolitik. Die Finanzmarktpekulationen der zurückliegenden Jahre hätten Europa in eine tiefe Krise geführt.

Das Spardiktat der Kanzlerin und Brüssels verschärfe die Krise vieler europäischer Staaten, statt sie zu lösen. An der Peripherie des Kontinents kehrten zunehmend Hunger, Massenarbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit zurück.

Daher fordere DIE LINKE die Verursacher der Krise, die Banken und Börsenspekulanten zur Kasse zu bitten. Doch anstatt ihnen das Handwerk zu legen, würden allein die Bürger die milliardenschweren Rettungspakete für Banken bezahlen müssen, während die Krisenverursacher wieder millionenschwere Gehälter und Boni einstreichten, so Härtel.



Am 5. Mai gratulierten Abgeordnete, Mitglieder und Sympathisanten der Harzer LINKEN Karl Marx, dem Philosophen und Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, zu dessen 197. Geburtstag. v.l. Melanie Schönfelder, Rainer Zühlke, Christian Härtel und Gabriele Nehr Korn legten dazu am 1953 in der Salzbergstraße in Wernigerode errichteten Marx-Denkmal Blumen nieder.



Klar Nr. 34 Sichere Arbeit, sicheres Leben: Das muss drin sein.

Topthema der neuesten *Klar*-Ausgabe: Die neue Kampagne "Das muss drin sein" – wie DIE LINKE die Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Millionen verbessern will. Außerdem: die Blockupy-Proteste, die

Erpressung Griechenlands, der Widerstand gegen TTIP und CETA und Rüstungsskandale der Bundeswehr.

In fünf Orten unseres Kreisverbandes – Erinnerung an den 8. Mai 1945

70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, 8. Mai 2015 Hüttenrode

Rede MdL André Lüderitz

Es gilt das gesprochene Wort



Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Gedenkveranstaltung am Ehrenmal für die sowjetischen Bürger in Hüttenrode,

wir haben uns heute, am 8. Mai 2015 an dieser historischen Stätte zusammengefunden, um den 70. Jahrestag der Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu würdigen.

Ausgangspunkt meiner gedenkenden Worte ist wie wahrscheinlich vielfach am heutigen Tage ein Zitat des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der 1985 feststellte:

„Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung, er hat uns alle befreit vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schwere Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursachen für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Kriege führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“

Dieses Zitat ist bereits 30 Jahre alt, aber die Auseinandersetzung um die Bewertung des 8. Mai hält an. Sie stellt auch heute keinen politischen Konsens in der Bundesrepublik Deutschland dar.

Vielmehr hört man häufig neutrale Begrifflichkeiten wie Kriegsende oder Zusammenbruch.

Wie in vielen Orten unserer Region, haben sich auch in Hüttenrode Einwohner bemüht, die Ereignisse der Befreiung durch die US-Armee darzustellen. Sie verstehen nach eigenen Angaben ihre Arbeit als Mahnung und haben in der Dorfmitte eine Erinnerungstafel errichtet. Das ist wichtig. Denn der Krieg kam nach Deutschland, seinem Ausgangspunkt, zurück. Darin liegt Ursache, dass vier Hüttenröder noch in den letzten Kriegstagen ihr Leben verloren und dass 19 Häuser zerstört oder stark beschädigt wurden, vermutlich nicht nur von der US-Armee.

Darum ist es so wichtig, dass auch in Zukunft über den Krieg und seine Ursachen gesprochen wird, nicht nur in Hüttenrode, in Blankenburg und im Harzkreis.

Unser Gedenken gilt heute stellvertretend für die Opfer des faschistischen Krieges vor allem den 96 umgebrachten sowjetischen Kriegsgefangenen, denen dieses Ehrenmal gewidmet ist. Nicht einmal 50 Meter entfernt, befinden sich die Gräber von 48 deutschen Wehrmachtssoldaten und SS-Angehörigen.

Opfer und Täter sind auf demselben Dorffriedhof bestattet. Diese wohl sehr einmalige Situation verdeutlicht: Krieg ist nie eine Lösung, Krieg bedeutet Leid und Verderben.

Dankbar sind wir deshalb noch heute den Alliierten, die auch uns befreiten und dem Schrecken ein Ende setzten. An der Hauptstrasse im Dorf weist ein Schild auf die Kriegsgräberstätte und damit auf die gefallenen Wehrmachtssoldaten und SS-Angehörigen hin. Einen Hinweis auf die hier bestatteten Opfer gibt es bisher nicht. Ich möchte an dieser Stelle vorschlagen, dass ein Hinweis auf dieses Ehrenmal unbedingt erforderlich ist. Danken möchte ich an dieser Stelle allen, die dieses sowjetische Ehrenmal pflegen.

Woher kommt jedoch der fehlende gesellschaftliche Konsens in der Bundesrepublik Deutschland, worin besteht eigentlich die Schwierigkeit mit dem Begriff Befreiung?

Zu allererst müssen wir uns dessen erinnern, was 1945 zu Ende gegangen ist. In wir in Deutschland das Ende einer zwölfjährigen Terror- und Gewaltherrschaft, die mit brachialer Gewalt jeden politischen Widerstand mit Terror und physischer Vernichtung auslöschte. Es war das Ende eines Systems des Völkermords an Juden, an Sinti und Roma, der systematischen Ausrottung von Homosexuellen und Menschen mit Behinderungen und auch allen politisch Andersdenkenden.

Es war auch ein System, das mit deutscher Gründlichkeit und nicht zuletzt mit Hilfe großer Teile des deutschen Volkes, auch von Menschen aus unserer unmittelbaren Umgebung, umgesetzt wurde. Der Einmarsch der US-Armee als Teil der Antihitlerkoalition war zuerst die Befreiung der in faschistischen Lagern im Harz eingekerkerten Menschen, zu denen die vielen Zwangsarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene gehörten, so auch in Blankenburg, Langenstein oder Wernigerode.

Im April 1945 wurden aber auch wir Deutschen befreit, die hier im Harz lebten. Die Wahrnehmung aber, war nach den Erzählungen meiner Großeltern wie auch meiner Eltern eine andere! Man fühlte sich betrogen und hinteres Licht geführt, man verdrängte die Auseinandersetzung mit der eigenen Mitschuld, auch weil es um das einfache Überleben ging und darum, in den Nachkriegswirren wieder zueinander zu finden. Manchmal hätte ich mir als nach dem Krieg

Geborener einen offeneren Umgang mit der Vergangenheit gewünscht.

Am 8. Mai wurde in Berlin das Ende des faschistischen Deutschlands auf politischer Ebene besiegelt. Damit wurde zu Recht anerkannt, dass die Sowjetunion die größten Opfer und Lasten im Kampf gegen Faschismus und Krieg erbracht hat. Für die 96 sowjetischen Kriegsgefangenen, die hier zwischen 1942 und 1944 als Opfer des Faschismus begraben wurden, kam die Befreiung jedoch zu spät.



Ehrenmale in Hüttenrode und in Halberstadt



Erinnert sei daran, dass die Sterblichkeitsrate bei sowjetischen Kriegsgefangenen etwa 60% betrug, bei westlichen Kriegsgefangenen waren es 3,5 Prozent.

Der 8. Mai bedeutet somit in Europa das Ende des zweiten Weltkrieges mit insgesamt 57 Mio. Toten, der größten Katastrophe der Menschheitsgeschichte überhaupt. Davon 27 Mio. tote Bürger der Sowjetunion, darunter die Sowjetsoldaten, die hier in Hüttenrode begraben liegen.

Auch wenn den 8. Mai 1945 zunächst nur eine Minderheit der Deutschen

selbst als Befreiung empfunden haben mag, gilt für alle Überlebenden:

Sie waren befreit von den Schrecken des Krieges, sie waren befreit von der Rolle, die sie als Gefolgschaft eines mörderischen Regimes gespielt hatten, sie waren befreit von der Möglichkeit einer schandbaren Perspektive als Sklavenhalter Europas.

Unsere Landtagsfraktion hat auf der letzten Landtagssitzung beantragt, den 8. Mai als Feiertag zu verankern und damit als sehr besonderen Tag anzuerkennen. Als einen Tag, der im Zweifel nichts vorgibt, ein Tag, der in einer Demokratie keine ein für alle Mal abgeschlossenen Doktrin einfordert, der aber doch ein Echo des Vergangenen ist. Bei den Koalitionsfraktionen in Sachsen-Anhalt gibt es leider wenig oder gar keine Resonanz auf unseren Vorschlag.

Wir wollen erinnern an die Häftlinge in den Lagern, an die Versteckten, die Widerstandskämpfer, die alliierten Soldaten und somit auch an die hier in Hüttenrode bestatteten sowjetischen Kriegsgefangenen. 70 Jahre danach und auch später soll Raum sein für diese Erinnerung und unsere Auseinandersetzung damit. Die Geschichte ist nicht auserzählt und die Forderung des „Nie wieder“ erfordert jeden Tags aufs Neue unser Herz und unseren Verstand. Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung und das soll auch in der Zukunft so bleiben.



Dr. Detlef Eckert hielt die Rede in Halberstadt beim sowjetischen Ehrenmal
In Quedlinburg Helga Poost und Ute Tichatschke



Der Befreiung zu gedenken trafen sich die Linken an diesem 8. Mai auf dem Friedhof in Ballenstedt

Rede von **Horst Lange**

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr verehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

Das zwanzigste Jahrhundert war geprägt durch zwei große, zwei verheerende Kriege, Weltkriege, die Millionen von Opfern in den kämpfenden Armeen und unter der Zivilbevölkerung forderten. Der Zweite Weltkrieg war ein beispielloser Eroberungs-, Raub und Vernichtungskrieg Hitlerdeutschlands gegen Osteuropa. Mit 27 Millionen Toten, darunter 3 Millionen in Kriegsgefangenschaft und 14 Millionen Zivilisten, entrichtete die Sowjetunion den größten Blutzoll. Insgesamt starben in diesem Krieg 60 Millionen Menschen bei Kampfhandlungen, durch Repressalien, Massenvernichtungsaktionen und Kriegseinwirkungen.



Ehrentafel in Ballenstedt

Von 18 Millionen in Konzentrationslager verschleppten Menschen wurden 11 Millionen ermordet oder durch Arbeit vernichtet. Unfassbar bleibt der industrielle Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden. Die Hauptlast des Krieges trug die Sowjetunion. Die Ostfront war die Hauptfront des Krieges. Lange vor der Eröffnung der Zweiten Front im Westen hatten sowjetische Soldaten den Feind vor Moskau gestoppt, in Stalingrad und im Kursker Bogen die Wende des

Krieges erzwungen. Die Eröffnung der zweiten Front durch die Westalliierten trug dazu bei, dass der Krieg schneller beendet werden konnte.

Am Ende des zweiten Weltkrieges musste das faschistische Hitlerdeutschland heute vor 70 Jahren vor den alliierten Mächten, der Sowjetunion, den USA und Großbritanniens kapitulieren. Gedenken wir derer, die in dieser Zeit des Faschismus und des 2. Weltkrieges ihr Leben verloren haben.

Wir gedenken an diesem 70. Jahrestag der Befreiung insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden. Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglichen vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben. Wir gedenken der deutschen Antifaschisten, der Militärs und Sozialdemokraten, der bürgerlichen Demokraten und Kommunisten, die aus der Illegalität den Kampf gegen die Hitlerbarbarei führten.

Auch der Ballenstedter Kriegsgegner und Antifaschist Ernst Pose musste im KZ Mauthausen in Österreich wahrhaft Sklavenarbeit in einem Strafkommando im dortigen Steinbruch leisten. Er wurde im Juli 1944 in Auschwitz ermordet.



Horst Lange hielt die Rede anlässlich des 8. Mai in Ballenstedt

Wir erinnern weiter an Georg Freitag, Otto Kiep, August Krebs, Louis Riekehr und August Wolf, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben gaben.

Es ist das Verdienst des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der am 8. Mai 1985 sagte: "... wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, der den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg ... Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft".

Diese Aussage manifestiert einen Wandel in der Geschichtspolitik der alten BRD, dessen Stationen u. a. der Auschwitz-Prozess ab 1963, die Versöhnung mit Frankreich und die neue Ostpolitik Willy Brandts sind.

Deshalb ist nicht zu begreifen, dass gerade in diesem 70. Jahr nach der Befreiung die Ignoranz der Bundesregierung gegenüber den Befreierten so deutlich sichtbar wird. Erinnern wir uns an die Zerstörungen, die der Krieg noch in den letzten Wochen im Leben unserer Stadt hinterlassen hat. Aus dieser Zeit existiert ein Tagebuch des späteren, vielen Ballenstedtern bekannten Museumsdirektors, Dr.

Fritz Klocke, das sein Sohn uns freundlicherweise zur Verfügung stellte. Greifen wir nur einen Tag heraus, den er im Tagebuch festgehalten hat. Er schreibt über den 18. April u.a.: "Der Schaden in der Stadt ist ganz beträchtlich, überall Trümmer. Die Schlossstraße sieht ... besonders übel aus. Dr. Schützes Haus hat Volltreffer, Dörings ebenfalls. Das Haus von Lehmann gegenüber von Wirth ist ganz zerstört, auch Schieles Haus hat arge Beschädigungen durch die Splitter erlitten". Soweit der Auszug aus dem Tagebuch von Dr. Klocke.

An die heutige Jugend geht unser Ruf: bewahrt die Erinnerung für alle, die gelitten haben, die Ehrung, - für die Henker die Abscheu, - und lasst es nicht zu, dass die Ideologie des Neo-Nazismus – ganz gleich in welcher Form – in Euren Köpfen Fuß fasst.

Lasst nicht zu, dass junge Menschen abgeworben werden für die IS, für die Al Kaida in Irak und Syrien. Wehret den Anfängen.

Deshalb möchte ich schließen mit einem Auszug aus dem Schwur der Häftlinge von Buchenwald, der heute noch aktuell ist:

"Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel".



*Gedenkstein in Quedlinburg
Mahnmal in der Mahn- und Gedenkstätte
Veckenstedter Weg in Wernigerode*



Kranzniederlegung in Wernigerode zum 70. Jahrestag der Befreiung

In Gedenken an den 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und das Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945, gedachten Einwohner und Vertreter der LINKEN am 8. Mai in der Mahn- und Gedenkstätte im Veckenstedter Weg der über 55 Millionen Kriegstoten. Der LINKE-Ortsvereinsvorsitzende Christian Härtel legte gemeinsam mit Mitgliedern des Stadtrates und des Ortsvorstandes am Mahnmal Blumen nieder.



Anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus legten am 8. Mai Einwohner und Vertreter der LINKEN, (v.l.n.r.) Ortsvereinsvorsitzender Christian Härtel, Ortsvorstand Gabi Nehr Korn und Stadtrat Dieter Kabelitz Blumen am Mahnmal in der Mahn- und Gedenkstätte im Veckenstedter Weg in Wernigerode nieder

Härtel erinnerte in seiner Ansprache an die Millionen Menschen, die wegen ihrer politischen, religiösen und ethnischen Ansichten oder Herkunft verfolgt, inhaftiert und ermordet worden. Im Ergebnis der zwölfjährigen Gewalt- und Terrorherrschaft der Nationalsozialisten lagen weite Teile Europas und der Welt in Trümmern. Er zitierte die Worte des Altbundespräsidenten Richard von Weizsäcker: "Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Haß gegen andere Menschen. Ehren wir die Freiheit. Arbeiten wir für den Frieden. Halten wir uns an das Recht."

"Als engagierte Bürgerinnen und Bürger, als politisch Verantwortliche dürfen wir Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Gleichheit aller Menschen niemals als selbstverständlich hinnehmen. Diese Werte müssen wir immer wieder von neuem verteidigen und erkämpfen", betonte der Stadtrat. Gerade vor dem Hintergrund unserer Geschichte sei Deutschland verpflichtet, sich friedensstiftend in die Weltgemeinschaft einzubringen. Die Mehrheit der Deutschen lehne Kriege und Kriegsbeteiligungen als Mittel deutscher Außenpolitik strikt ab. (ChH)



LINKE-Fraktionschef Wulf Gallert informiert sich in Harzgerode über Stadtentwicklung und Schulstandortsicherung

Auf Einladung der LINKE-Landtagsabgeordneten Evelyn Edler machte der LINKE-Landtagsfraktionsvorsitzende und Ministerpräsidentenkandidat Wulf Gallert in Harzgerode Station und kam zu Gesprächen mit Bürgermeister Jürgen Bentzius und Schulleiter Detlef Reimann zusammen.

In Begleitung der Stadträte Kurt Kipper und Hans-Jürgen Köppe sowie Landtagsmitglied Monika Hohmann informierten sich Gallert und Edler in der Gemeinschafts- und Sekundarschule über die Entwicklung des Schulstandortes, der derzeit über 180 Schüler in zehn Schulklassen und achtzehn Lehrkräfte verfügt. Im vergangenen Jahr wurde bekanntlich das Modell der Gemeinschaftsschule eingeführt, um den Standort sichern zu helfen.



Kreistags- und Landtagsmitglied Edler bekräftigte die Fortsetzung ihrer Unterstützung für den Erhalt der Schule, dazu seien auch weiterhin Gespräche mit den Kreisverwaltungen in Halberstadt und Sangerhausen notwendig, um die kreisübergreifende Beschulung zu sichern und weiter voranzutreiben. Gallert merkte an, dass die verfehlte Bildungs- und Personalpolitik der Landesregierung zunehmend Lehrermangel und Unterrichtsausfall verursache. Hier politisch gegenzusteuern sei die große Herausforderung für die kommenden Jahre.

Anschließend lud Bürgermeister Bentzius die Landes- und Kommunalpolitiker der LINKEN in das Rathaus zur Besichtigung der Ausstellung über die städtebaulichen

Sanierungsmaßnahmen von 1993 bis 2015 ein. Ein Sanierungsschwerpunkt stellt das Schloss Harzgerode dar. Dort angekommen, tauschte sich das Stadtoberhaupt mit seinen Gästen über die wirtschaftlichen und touristischen Entwicklungsperspektiven aus und verwies auf die kräftigen Zuwächse bei den Übernachtungszahlen.

Fraktionschef Gallert und Landtagsmitglied Edler sehen für kleinere Städte wie Harzgerode und seine Ortsteile Entwicklungspotentiale, die bei einem „weiter so“ in der Landespolitik Gefahr laufen, sich nicht genügend entfalten zu können. Die öffentliche Infrastruktur wie Polizei, Schulen, Sport, Kultur und Soziales dürften nicht einer überzogenen Rotstiftpolitik aus Magdeburg zum Opfer fallen. Hier sehe DIE LINKE auf Landesebene trotz notwendigem Schuldenabbau durchaus finanzielle Reserven, die für den Erhalt eines lebenswerten und familienfreundlichen ländlichen Raumes genutzt werden sollten.



Abgeordnetenbesuch in der Gemeinschafts- und Sekundarschule Harzgerode: (v.l.n.r.) MdL Monika Hohmann, Stadtrat Kurt Kipper, Bürgermeister Jürgen Bentzius, MdL Evelyn Edler, Stadtrat Hans-Jürgen Köppe, Schulleiter Detlef Reimann, MdL Wulf Gallert.

Wulf Gallert bei Bürgergespräch in Elbingerode: „Ehrenamt darf nicht zum Lückenbüßer werden“

Die Situation von Kommunen vor dem Hintergrund gekürzter Kommunalfinanzen und das ehrenamtliche Engagement von Bürgern zum Erhalt öffentlicher Daseinsvorsorge waren die Themen, die den LINKE-Landtagsfraktionsvorsitzenden Wulf Gallert bei seinem Besuch in Elbingerode beschäftigten.

Auf Einladung der Landtagsabgeordneten Evelyn Edler kam der Ministerpräsidentenkandidat in Elbingerode mit Oberharz-Bürgermeister Frank Damsch zusammen und informierte sich über die Anstrengungen zur Konsolidierung des Haushaltes. Die Landesregierung habe den Kommunen die Zuweisungen gekürzt und behalte nach Ansicht der LINKEN Mittel zurück, die Städte wie der Oberharz allerdings dringend benötigten, um die Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben wie den Erhalt touristischer Infrastruktur zu finanzieren, konstatierte Gallert. Damsch verwies auf die existenzielle Bedeutung des Tourismus für den Oberharz, steigende Übernachtungszahlen und Konzepte die es weiter zu entwickeln gelte, um Arbeitsplätze zu sichern und Steuereinnahmen zu generieren.

Begleitet von den LINKE-Stadträten Christel Liebetruh und Ullrich Scherzer sowie LINKE-Ortsvorstand Michael Wisse ging es für die Abgeordneten weiter in die Elbingeröder Heimatstube. Heimatstubenleiter Günther Breutel hieß Gallert und Edler gemeinsam mit ehrenamtlich Aktiven zum offenen Bürgergespräch willkommen.

Die Vereinsvertreter aus Sport, Heimatpflege, Bergbau, Bibliothek, Feuerwehren und Freibädern schilderten ihre zum Teil langjährigen Bemühungen um den Erhalt ihrer Einrichtungen. Vertreter der Bergbaufreunde übergaben zudem Unterlagen verbunden mit einem Appell für den Erhalt des Besucherbergwerks „Drei Kronen & Ehrh“.

Gallert würdigte die Leistungen des Ehrenamtes, das nach seiner Ansicht nicht zum Lückenbüßer für den Rückzug des Staates aus hauptamtlicher Verantwortung werden dürfe. Er ermutigte die Bürger, sich weiter einzubringen. „Wir brauchen den Druck der Bürgerinnen und Bürger, um politische Veränderungen bewirken zu können.“ Aus den Wünschen, Kritiken und Anliegen, die während des über zweistündigen Bürgergesprächs zur Sprache kamen, leiten sich für uns konkrete Aufträge ab, die wir in den zuständigen Gremien thematisieren werden, erklärte MdL Evelyn Edler abschließend.



Wulf Gallert vor Ort in Quedlinburg und Umgebung

„Ich brauche 60 Jahre, um Ackerkäufe refinanzieren zu können“, so Lutz Trautmann. Der Geschäftsführer der Agrargenossenschaft Hedersleben sprach aus, was derzeit vielen Landwirten in Sachsen-Anhalt auf den Nägeln brennt und zum Teil zu einer existentiellen Frage für Landwirtschaftsbetriebe geworden ist. Die Preisexplosion am Bodenmarkt sei ein „Dilemma“ und führe zu „Resignation“, so Trautmann. Eine entsprechende Rolle spielte das Thema als unser Fraktionsvorsitzender Wulf Gallert im Rahmen seiner landesweiten Tour in der Agrargenossenschaft Hedersleben Station machte.

Mit unserer Abgeordneten vor Ort Monika Hohmann, André Lüderitz aus dem benachbarten Wahlkreis Ilseburg und unserem agrarpolitischen Sprecher Hans-Jörg Krause hatte Wulf Gallert das Gespräch mit dem Geschäftsführer gesucht. „Die Probleme mit den überbewerteten Bodenpreisen gibt es überall“, verwies er auf zahlreiche

Diskussionen, die er in den vergangenen Wochen mit Landwirten geführt hat – umso stärker seitdem Landwirtschaftsminister Herrmann Onko-Aikens ein Agrarstruktursicherungsgesetz für Sachsen-Anhalt angekündigt hat. An der preistreibenden Privatisierungspraxis der Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) – dem Kern des Problems- hat sich bislang jedenfalls wenig geändert. Zunehmend ist Ackerboden zum Spekulationsobjekt geworden und zunehmend sind Landwirte vor Ort vom Bodenhandel ausgeschlossen, da sie – anders als Großunternehmen – die Wucherpreise nicht mehr bezahlen können.

In der Folge bleibt die Wertschöpfung der Flächen nicht in der Region und die Entwicklung des ländlichen Raumes in Sachsen-Anhalt wird unmöglich, so Hans-Jörg Krause. Wulf Gallert und unsere Abgeordneten unterstrichen das mit vielen Landwirten gemeinsame Anliegen, das Spekulationsgeschäft mit Ackerflächen einzudämmen, das insbesondere dadurch augenscheinlich wird, das Großunternehmen, die derzeit viele Flächen erwerben, mit Landwirtschaft gar nichts zu tun haben. „Wichtig ist, dass die Landwirte jetzt gemeinsam eine Stimme finden und öffentlichen Druck aufbauen“, so Wulf Gallert.



Agrargenossenschaft Hedersleben



Diskussionsrunde mit Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und Schulsozialarbeit im KuZ Reichenstrasse

Nach einer anschließenden Führung durch die Agrargenossenschaft Hedersleben ging es für Wulf Gallert, Monika Hohmann und André Lüderitz nach Quedlinburg ins KuZ Reichenstrasse, wo eine Diskussionsrunde mit Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und

Schulsozialarbeit auf dem Programm stand. Vertreten waren unter anderem die AWO, die Caritas, der Kreis-, Kinder- und Jugendring Harz e.V., der Reichenstrasse e.V. und das Sozialzentrum Bode e.V. Das Gespräch zur Zukunft der Kinder-, Jugend- und Schulsozialarbeit im ländlichen Raum spiegelte sich insbesondere vor den finanziellen Kürzungen, die die Landesregierung vor einem Jahr bei der Jugendpauschale und dem Fachkräfteprogramm vornahm. Die Befürchtungen um ein Sterben vieler Jugendeinrichtungen im ländlichen Raum waren entsprechend spürbar. Thematisiert wurde auch das Schulsozialarbeiterprogramm, das in einigen Wochen in Sachsen-Anhalt ausläuft und für das es bislang keine Nachfolgeregelung gibt. Aus der Runde ergab sich ein deutliches Plädoyer, dass Schulsozialarbeit aus dem Projektstatus herausgenommen und verstetigt werden muss.

Im Quedlinburger Café Samocca trafen Wulf Gallert, Monika Hohmann und André Lüderitz schließlich mit Vertreter_innen der Lebenshilfe Harz gemeinnützige Gesellschaft mbH zusammen und griffen das Thema der Integration von Menschen mit Beeinträchtigungen auf dem 1. Arbeitsmarkt auf. Konkret ging es unter anderem um die Zukunft des Quedlinburger CAP Marktes, einem Lebensmittelmarkt, der seit 2006 von der Lebenshilfe getragen und betrieben wird und dessen Beschäftigte zum größten Teil Menschen mit geistiger Behinderung sind. Dem CAP Markt droht die Schließung, da er künftig vom Land nicht mehr als Behindertenwerkstatt sondern als Integrationsbetrieb eingestuft werden sollte und die Lebenshilfe dies ablehnte. Bei der Umwandlung wären die Mitarbeiter mit Behinderung wie sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer eingestuft worden und hätten ihren Status als Arbeiter in einer Behindertenwerkstatt und damit auch ihre Rentenversicherungsansprüche verloren, wie die Vertreter_innen der Lebenshilfe erklärten. Von 15 Beschäftigten hätten nur drei übernommen werden können, womit es unmöglich geworden wäre, die Wirtschaftlichkeit des Geschäfts aufrecht zu erhalten.

„Harzlaut“: Der Besuch von Wulf Gallert wird am 1.6. und 10.06.2015 u.a. in Ilseburg und Halberstadt fortgesetzt.

Gesprächsrunde nach der Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung am 8. Mai in Hüttenrode

Eine Gedenkveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus führten der Ortsverband Blankenburg und die Stadtratsfraktion der LINKEN am 8. Mai 2015 in Hüttenrode durch. Nach der Begrüßung durch Ortsbürgermeister Günther Freystein erinnerte Landtagsmitglied André Lüderitz in seiner Ansprache an die Opfer nazistischer Gewaltherrschaft und die Befreiung Europas vom Faschismus durch die Alliierten. Dafür gebühre den Befreiern auch heute noch unser Dank, so Lüderitz. *(Rede, siehe in dieser Ausgabe)*



Für die 96 sowjetischen Kriegsgefangenen, die in Hüttenrode umkamen oder ermordet wurden, kam die Befreiung jedoch zu spät. Ihnen galt das besondere

Gedenken der Anwesenden, zu denen in diesem Jahr auch einige Einwohner aus Hüttenrode zählten. In Hüttenrode werde inzwischen an vier Orten auf sehr unterschiedliche Weise an den Krieg erinnert. Es müsse aber immer deutlich gemacht werden, so Lüderitz, dass Nazideutschland den Krieg verursacht habe. Darin läge der Grund, dass Hüttenrode noch zum Kriegsende Opfer betrauern mußte.

Eine Tafel an der B27 im Ort weist auf die Kriegsgräberstätte, auf der Wehrmachts- und SS-Angehörige bestattet sind, hin. Der Landtagsabgeordnete machte den Vorschlag, ebenso auf das benachbarte sowjetische Ehrenmal hinzuweisen. Das sei unbedingt erforderlich.

Im Anschluss an die Gedenkveranstaltung gab es noch einen Gedankenaustausch zwischen den Teilnehmern, wie in Hüttenrode das Gedenken an die sowjetischen Opfer weiter geführt werden könne. *(ES, Hüttenrode, 08. Mai 2015)*



Gedankenaustausch mit Teilnehmern der Gedenkveranstaltung

„Harzlaut“: Auf dem bevorstehenden Landesparteitag in Juni haben aus dem KV Harz Monika Hohmann und Evelyn Edler (für die FAG Lisa) für den Landesvorstand und Richard Kabelitz für die Landesschiedskommission angezeigt. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg! Weiter Kandidaturen für den LV und seiner Gremien möglich.

Luftlöcher bei der Sicherheit

von **Jan Korte**, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Sicherheit im Flugverkehr ist ein Kostenfaktor. Die Verantwortung dafür liegt dennoch in den Händen privater Unternehmen, deren Sicherheitsvorkehrungen oft mangelhaft sind, wie die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ergeben hat. Die Kosten für mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden könnten durch eine Luftfrachtsicherheitsabgabe gedeckt werden, welche die Bundesregierung aber aus Gründen des Standortwettbewerbs ablehnt.



Ende Oktober 2010 wurden Sprengsätze in Luftfrachtpaketen gefunden, die zum Teil auch über deutsche Flughäfen versendet wurden. Die Bundesregierung richtete eifrig einen Arbeitsstab von Auswärtigem Amt, Verkehrs- und Innenministerium sowie

Sicherheitsbehörden ein, der einige Maßnahmen vorschlug, um die Luftsicherheit im Frachtverkehr zu erhöhen. Dieses Ziel ist ohne Zweifel sinnvoll, denn Luftfracht wird in Frachtmaschinen und normalen Passagiermaschinen transportiert, die stark bewohnte Gebiete überfliegen. Im Gegensatz also zu Vorhaben wie der Vorratsdatenspeicherung können mit besseren Luftsicherheitskontrollen tatsächlich Anschläge verhindert werden. Zusammen mit meiner Fraktion DIE LINKE im Bundestag habe ich deshalb nachgefragt, was in puncto Luftfrachtsicherheit seit 2010 passiert ist.

Geplante Maßnahmen nur zum Teil umgesetzt

In ihrer Antwort auf unsere Kleine Anfrage „Luftsicherheit und Frachtkontrollen“ (BT-Drs. 18/4470) musste die Bundesregierung einräumen, dass nur einige der beschlossenen Maßnahmen umgesetzt wurden. Einer der wichtigsten Punkte war die Verbesserung von Luftfrachtkontrollen in den Ursprungsländern. Dazu sollten über hundert sogenannte Luftfrachtsicherheits-Verbindungsbeamte der Bundespolizei eingesetzt werden – tatsächlich im Einsatz ist derzeit ein einziger Bundespolizist in Saudi-Arabien. Auch personell sollten die für Luftfracht zuständigen Behörden aufgestockt werden – aber der Haushaltsausschuss verweigerte bei etlichen Stellen seine Zustimmung. Stattdessen forderte er die Bundesregierung auf, etwas für die Einnahmenseite zu tun, zum Beispiel eine Luftfrachtsicherheitsgebühr zu prüfen. Dies hat das Innenministerium getan und kam zu dem Ergebnis: „Im Ergebnis erschien die Zulässigkeit einer Luftfrachtsicherheitsgebühr rechtlich und auch wirtschaftspolitisch (Wettbewerbsnachteile) problematisch.“ Kurz: Es gibt nicht mehr Stellen (also mehr Kontrollen und letztendlich mehr Sicherheit) weil die Bundesregierung sich nicht traut, die deutsche Logistikbranche mit Gebühren zu belasten. Eine heimliche Subventionierung auf Kosten der Sicherheit.

Logistikunternehmen selber für Sicherheit verantwortlich

Doch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesbehörden, die für die Luftfrachtkontrollen zuständig sind, also der Bundespolizei, des Luftfahrtbundesamts oder des Zolls, sind ohnehin fast nur für Transferfrachtkontrollen zuständig. Europaweit wird auf das Prinzip der „sicheren Lieferkette“ gesetzt, bei dem die Verantwortung für Sicherheit größtenteils in den Händen privater Unternehmen liegt.

Die in der Bundesrepublik aufgegebenen Fracht wird in der Regel von sogenannten „reglementierten Beauftragten“,

also zertifizierten Speditions- und Logistikunternehmen überprüft. Mitarbeiter dieser

Unternehmen prüfen Waren und Luftpost auf Sprengstoffe, bevor sie in ein Flugzeug geladen wird. Wer als Hersteller seine Waren auf dem Luftweg versendet kann den Status als „bekannter Versender“ beantragen. Die in einem als „bekannter Versender“ zertifizierten Standort produzierte Ware muss, wenn sie auf dem Luftweg verschickt werden soll, vor Zugriff durch dritte gesichert, verpackt und zum Flughafen gebracht werden.

Damit ein Standort dieser Unternehmen ein Zertifikat als reglementierter Beauftragter oder bekannter Versender bekommt müssen dort Sicherheitsvorschriften umgesetzt werden, deren Einhaltung stichprobenartig überprüft wird. Das Ergebnis dieser Überprüfungen ist verheerend: Im Jahr 2014 wurden bei reglementierten Beauftragten bei 40 Prozent der Kontrollen Mängel festgestellt. Bei bekannten Versendern wurden 2014 bei 38 Prozent der Kontrollen Verstöße gegen Sicherheitsvorschriften festgestellt, 2013 lag die Mängelquote sogar bei 67 Prozent. Kontrollen bei den Subunternehmen, die Ware mit dem Status „sicher“ transportieren, gab es kaum – Mängel dafür aber bei fünf der insgesamt sechs Kontrollen 2014.

Die Bundesregierung ist offenbar dennoch zufrieden mit dem System der „sicheren Lieferkette“, die sie als „gutes System“ bezeichnet. Eine 100-prozentige Sicherheit könne mit keinem System erreicht werden. Es schließe zudem „zusätzliche stichprobenartige Frachtkontrollen durch staatliche Sicherheitsbehörden nach dem auch international anerkannten ‚Grundsatz der Vorhersehbarkeit‘ nicht aus.“ Zum Glück, kann man da nur sagen. Denn die Hersteller und Luftfrachtunternehmen, bei denen Mängel festgestellt werden, haben kaum etwas zu befürchten: In den letzten eineinhalb Jahren verloren nur 5 Standorte ihre Zertifizierung.

Echte Sicherheit statt Überwachung

Das Beispiel Luftfracht zeigt deutlich die Widersprüche der Bundesregierung wenn es um die Sicherheit geht. Sie möchte Berge mit Daten unschuldiger Bürgerinnen und Bürger anhäufen und erklärt dies zu einem Beitrag zu mehr Sicherheit. Fakt ist aber, dass – wenn überhaupt – die Vorratsdatenspeicherung im Nachhinein zur Aufklärung von Anschlägen beitragen könnte. Mehr für die Qualität der Luftfrachtkontrollen zu tun, kann hingegen Anschläge verhindern.

Hier überlässt man das Feld aber den Privaten, bei denen jeder Mehraufwand bei der Sicherheit mehr Kosten, und damit eine schmalere Gewinnmarge bedeutet. Obwohl dieses System offenbar gescheitert ist, hält die Bundesregierung daran fest. Im Vergleich zu der Leichtigkeit, mit der die Bundesregierung die Grundrechte der Bevölkerung, vermeintlich im Namen der Sicherheit, beschneidet ist es sehr auffällig, wie schwer sie sich damit tut, die Luftfrachtbranche mit Sicherheitsgebühren zu belasten. Man würde es sich anders herum wünschen.

»Es geht um bestmögliche Bedingungen für Millionen von Kindern«

Die Beschäftigten in Sozial- und Erziehungsdiensten streiken für mehr Lohn und Anerkennung, doch ihre Verhandlungspartner, die Kommunen, haben oftmals leere Taschen. Warum die Forderungen mehr als berechtigt und die finanzielle Ausstattung der Kommunen endlich auf solide Füße gestellt werden muss, erläutern im Interview der Woche **Rosemarie Hein**, bildungspolitische Sprecherin, und **Susanna Karawanskij**, Sprecherin für Kommunalfinanzen der Fraktion DIE LINKE.

Die Tarifverhandlungen in den Sozial- und Erziehungsdiensten sind geplatzt, jetzt streiken die Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter unbefristet. In dieser Woche bleiben viele Einrichtungen geschlossen – möglicherweise so lange, bis der Verband der kommunalen Arbeitgeber ein neues, verhandlungsfähiges Angebot vorlegt. Können die Kommunen das überhaupt? Viele sind doch schon jetzt klamm, etliche stehen da wie der berüchtigte nackte Mann – kann so einer noch Angebote aus Taschen zaubern?



Susanna Karawanskij (B.r.): Geld herbeizaubern können in der Tat die meisten Kommunen nicht. Vielmehr müssen sie mit dem vorhandenen zauberhaft kreativ umgehen. Ohne Frage müssen die Sozial- und Erziehungsberufe aufgewertet werden. Arbeitsbedingungen und Löhne sind teilweise eine Katastrophe. Der berechtigte Streik führt doch wieder einmal ein grundlegendes Problem vor Augen: Die Kommunen brauchen eine bessere finanzielle Ausstattung. Der Bund muss mehr Verantwortung übernehmen und Kommunen vor allem von Sozialausgaben entlasten. Gleichzeitig brauchen Kommunen höhere und stabile Einnahmen. Dementsprechende Vorschläge haben wir bereits in den Bundestag eingebracht.

Viele Menschen haben Verständnis für die Forderungen nach einer generellen Aufwertung sozialer Berufe. Was hat sich in den vergangenen Jahren geändert – im Selbstverständnis der Erzieherinnen und Sozialarbeiter, aber auch in der Sicht derjenigen, die deren Arbeit in Anspruch nehmen?

Rosemarie Hein (B.l.): Die Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern und auch von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern ist eine hochanspruchsvolle Arbeit auf hohem Qualifikationsniveau. So soll die Kita nicht einfach nur betreuen, damit die Eltern ihrer Arbeit nachgehen können, sie sind vielmehr Einrichtungen frühkindlicher Bildung im Sinne eines eigenständigen Bildungsbereichs. Darum gibt es auch einen

Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung für Kinder und nicht einen Rechtsanspruch für Eltern auf die Betreuung ihrer Kinder. Zur Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher zählt nicht nur die Umsetzung der in allen Ländern existierenden Bildungspläne elementar, die vor- und nachbereitet werden muss, die sprachliche Entwicklung der Kinder und die inklusive Arbeit, sondern auch die Zusammenarbeit mit den Eltern und natürlich die ständige fachliche Weiterbildung. Hinzu kommen alle Aufgaben, die so kleine Persönlichkeiten, die von ihnen betreut werden, auch außerhalb der Familie für ihr Wohlbefinden brauchen.

Wenn die Anforderungen steigen, muss sich das auch in der Bezahlung niederschlagen – soweit klar. Aber das allein reicht ja nicht, um den Beruf wirklich aufzuwerten und auch mehr Menschen dafür zu begeistern, ihn zu ergreifen. Was fehlt aus Ihrer Sicht noch?

Rosemarie Hein: Na, wenn es sich mal in der Bezahlung niederschlagen würde, wären wir zumindest einen Schritt weiter. Aber richtig, Wertschätzung bezeugt man eben nicht nur durch mehr Gehalt oder Lohn. Sie hat auch viel mit dem gesellschaftlichen Bild von Erziehenden zu tun. Sie sind eben nicht nur Betreuer. Gute frühkindliche Bildung ist wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung. Neben einer dieser gesellschaftlichen Bedeutung entsprechenden tariflichen Eingruppierung und Bezahlung braucht es auch eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Interesse guter Arbeit und guter Kitaqualität.

Allein der Begriff der Kindertagesbetreuung offenbart das Dilemma in der Sicht auf das, was dort geschieht beziehungsweise geschehen soll: Betreuung oder Bildung. Werden die derzeitigen Ausbildungen in Sozial- und Erziehungsberufen der Schwerpunktsetzung Bildung gerecht?

Rosemarie Hein: Weder quantitativ noch qualitativ. Wenn man die Arbeit der pädagogischen Fachkräfte als Bildungsarbeit versteht, muss man perspektivisch auch die Ausbildung auf dieses Niveau umstellen. So gesehen sind sie eher der Arbeit von Grundschullehrkräften gleichzustellen. Darum fordern wir eine generelle Akademisierung der Ausbildung in der Zukunft. Andere Fachkräfte in der Betreuung und Pflege von Kindern in Kindereinrichtungen sind ausgebildete Kinderpflegerinnen und -pfleger oder Sozialassistentinnen und -assistenten mit einer abgeschlossenen zweijährigen Berufsausbildung an Berufsfachschulen. Sie sind vorrangig mit Aufgaben der Betreuung und Pflege, nicht mit der Bildungsarbeit befasst. Aber auch ihre Arbeit ist seit Jahren unterfinanziert.

Auch die Politik hat die Bedeutung frühkindlicher Bildung erfasst und zu einem zentralen Thema

gemacht. Ganztagsbetreuung sollte ausgebaut, Krippenplätze für Kinder unter drei Jahren und überhaupt mehr Betreuungsplätze geschaffen werden. Doch der Kitausbau kommt nicht voran. Immer noch fehlen bundesweit knapp 200.000 Plätze allein für die Kleinsten. Wo hakt es?

Susanna Karawanskij: In den Kita-Ausbau kam zuletzt nicht Fahrt, sondern nur ein laues Lüftchen. Es fehlen immer noch tausende Betreuungsplätze, insbesondere in den alten Bundesländern und in finanzschwachen Kommunen. Das Engagement des Bundes für den Kitausbau reicht nicht aus, um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz flächendeckend zu verwirklichen. Auch hier steht der Bund wieder in Verantwortung. Er sollte nicht länger Geld für ein Betreuungsgeld ausgeben, das Kinder von Kitas fernhält. Es sollte mehr in die Erzieherausbildung und kindgerechte Betreuung investiert werden. Die Länder müssen bereitgestellte Zusatzmittel aber auch an die Städte und Gemeinden weiterleiten. Zudem müssen Kommunen – gerade die finanziell "abgehängten" – wieder grundsätzlich in die Lage versetzt werden, ihrer Aufgabe des Erhalts und Ausbau öffentlicher Infrastruktur nachzukommen. Hier spielt das liebe Geld wieder eine entscheidende Rolle.

Heißt das, dass Kinder, die das Pech haben, in finanzschwachen Kommunen zu wohnen, einfach mal den Kürzeren gezogen haben in Sachen Bildung?

Susanna Karawanskij: Fakt ist, dass es ein starkes Gefälle zwischen finanziell starken und schwachen Kommunen gibt. Viele Kämmerer leben von der Hand in den Mund – bestenfalls. Öffentliche Infrastruktur kann so weder erhalten noch ausgebaut werden. Das sieht man auch anhand anderer Beispiele. Hier geht es aber um bestmögliche Bedingungen von Millionen von Kindern. Deswegen schlage ich eine Doppelstrategie vor: Die Erzieherinnen und Erzieher, die Sozialarbeitenden sind zu unterstützen, und gleichzeitig muss mehr Druck auf den Bund aufgebaut werden, den Kommunen bessere finanzielle

Bedingungen zu ermöglichen. Ein wichtiger Schritt wäre ferner die Umsetzung unseres Konzepts eines solidarischen Länderfinanzausgleichs.

Würde es helfen, wenn das Kooperationsverbot, das schwarze Schaf der Bildungsfinanzierung, aufgehoben würde?

Susanna Karawanskij: Oh ja, das würde sicherlich helfen! Nur mit der Abschaffung des Kooperationsverbotes für den gesamten Bildungsbereich wird es möglich sein, den enormen Investitionsstau, insbesondere in den strukturschwachen Regionen, zu beseitigen. Statt des Kooperationsverbotes sollte eine umfassende Gemeinschaftsaufgabe Bildung im Grundgesetz verankert werden. Gute Bildung ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen und bedarf einer ausreichenden Finanzierung. Schließlich geht es um die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen. Hier müssen Bund, Länder und Kommunen noch stärker zusammenwirken.

Ihre Fraktion fordert, gemeinsam mit mehreren Verbänden und Gewerkschaften, ein Kitaqualitätsgesetz, für das der Bund die volle finanzielle Verantwortung übernimmt. Was beinhaltet so ein Gesetz und welche Chancen hat es, das Licht der Gesetzgebung zu erblicken?

Rosemarie Hein: DIE LINKE fordert ein Kitaqualitätsgesetz, in dem verbindliche Mindestqualitätsstandards, wie z.B. ein bundesweit geltender und der Aufgabe angemessener Betreuungsschlüssel, Qualitätskriterien für die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte in den Kitas oder vernünftige und pädagogisch sinnvolle Standards für die räumliche und sächliche Ausstattung oder auch für die Arbeitsbedingungen festgeschrieben werden. Frau Schwesig verplempert allerdings nur Zeit – zu Lasten der Kinder, Erzieherinnen und Erzieher sowie der Eltern. Wir müssen gemeinsam den Druck auf die Koalitionäre erhöhen, endlich tätig zu werden.



Verrat an Ost-Rentnern?

„Dass Finanzminister Schäuble nun selbst die von der Koalition zum zweiten Mal, nun für 2019 versprochene Rentenangleichung in Frage stellt, ist ein Verrat an den ostdeutschen Rentnerinnen und Rentnern. Hier wird offenbar erneut der Bruch eines Wahlversprechens der Kanzlerin vorbereitet. Das ist nicht hinnehmbar“, erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, **Gregor Gysi**, zu Medienmeldungen, nach denen Wolfgang Schäuble die Rentenangleichung massiv anzweifelt. Gysi weiter:

„Wolfgang Schäuble will auch 30 Jahre nach der deutschen Einheit offenbar den Menschen im Osten des Landes die gleiche Rente für die gleiche Lebensleistung vorenthalten. Wenn es nach dem Finanzminister geht, würde in der Rentenfrage die Mauer auch in den nächsten 20 oder 30 Jahren weiter stehen, denn so lange würde es mit der Rentenangleichung dauern, wenn sie über die marginal unterschiedlichen

Sätze der jährlichen Rentenerhöhung vollzogen würde. Seine Behauptung, dass die Lebenshaltungskosten im Osten niedriger wären, ist längst von der Realität überholt. Strom, Wasser, Abwasser und anderes sind nicht selten im Osten sogar teurer. Die Kanzlerin muss umgehend klarstellen, ob und wie sie ihr zweites diesbezügliches Wahlversprechen, nun bis 2020 die Renteneinheit herzustellen, umzusetzen gedenkt. 30 Jahre nach der deutschen Einheit muss dann wirklich Schluss damit sein, dass die Menschen im Osten als Bürger 2. Klasse in Rente geschickt werden.“ (22.05.2015)

Regieren in einer Demokratie: Gewinne und Verluste

Birke Bull, Landesvorsitzende

2016 wird ein neuer Landtag gewählt. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat im Herbst 2014 beschlossen, für einen Politikwechsel, um die Führung einer anderen Regierung zu kämpfen. Unser Anspruch ist, nunmehr auch in Regierungsverantwortung zu zeigen, was wir drauf haben. Wahrlich keine einfache Aufgabe, wie die Erfahrungen anderer LINKER Landesverbände zeigen. Damit einher geht auch die Sorge vieler Genossinnen und Genossen, dabei unser politisches Profil zu verlieren. Die Frage nach der Macht und ihren Gefahren ist in unserer Partei eine ganz wichtige und kontroverse. Zu Recht. Aus Halle erreichten mich dazu besorgte Fragen.

In der Demokratie muss verhandelt werden

Entscheidende Fragen sind: Wie groß ist der gemeinsame politische Vorrat mit möglichen Partnern? Wie weit kann dieser Vorrat eine Regierung tragen? Das treibt uns alle um: Genossinnen und Genossen in den Orts- und Basisgruppen, in den Kreisverbänden, in den Kommunalparlamenten, im Landesvorstand, in der Landtagsfraktion. Die Frage nach der Macht und den Gestaltungsmöglichkeiten beim Regieren, trieb die PDS um und bewegt DIE LINKE - nach wie vor. Zwei Fragen sind es, die neben den konkreten politischen Konzepten verständlicher Weis oft sehr emotional geführt werden: Wie hältst du es mit der politischen Vergangenheit in der DDR? Was passiert mit den Übereinkünften und Forderungen, die uns dabei wichtig sind? Unsere Parteiprogramme seit 1990 beschreiben sie: Die DDR ist vor allem gescheitert, weil es ihr an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fehlte. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Diese Erfahrung war und ist für viele von uns eine schmerzhaft. "Ohne Demokratie kein Sozialismus!" - das ist und bleibt unsere Konsequenz daraus. Wenn wir heute von Sozialismus sprechen, dann sprechen wir ausdrücklich von einem demokratischen - aus Erfahrung gewissermaßen und in Abgrenzung zum Sozialismusversuch der DDR. Eines gehört in der Politik jedoch auch immer dazu: Kompromisse sind die Bewegungsform von Demokratie. Ohne Kompromisse gibt es nur das Gegenteil von Demokratie. Und: Ein Kompromiss ist immer dann einer, wenn alle Beteiligten unzufrieden, respektive zufrieden sind. Er beschreibt den kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen Partnern. Also werden wir in allen politischen Fragen verhandeln müssen. Übrigens nicht nur in Regierungen. Auch dort, wo wir in Vereinen unterwegs sind, in Bürgerinitiativen, in Bündnissen, in kommunalen Vertretungen. Übrigens auch in unserer Partei selbst. Überall dort, wo Menschen unterschiedlicher Auffassung ein gemeinsames Ziel anstreben, ist ein gemeinsamer Weg ohne Kompromisse nicht zu haben. Was gut, richtig oder auch nur akzeptabel zu sein scheint, ist nur in der gemeinsamen Diskussion klärbar, auf demokratischem Wege zu entscheiden.



Die DDR von links kritisieren

Die Erfahrungen in und mit der DDR sind so vielfältig wie die gelebten Biografien. Zwischen dem politischen Rückblick und dem gelebten Leben kann es da durchaus Unstimmigkeiten geben. Unrecht ist geschehen, aber bei weitem nicht jeder von uns hat Unrecht erlebt. Nicht zuletzt gelebtes Leben nach 1990 beeinflusst die Erinnerung. Aber die Gradlinigkeit und die Klarheit, mit der wir die Gefahren für die Demokratie in der heutigen Gesellschaft kritisieren, muss auch Gradmesser für den Blick auf das sozialistische Konzept der DDR sein. "Die DDR von links kritisieren!" so brachte es ein Genosse während der Regionalkonferenz in Hettstedt im Herbst 2014 auf den Punkt. Es war im übrigen einer, der viel Verantwortung getragen hat, früher und offenbar auch heute. Ich bin froh darüber, dass in unserer Partei unterschiedliche Sichtweisen Raum und Podium haben. Und dass wir diskutieren können, offen und frei. Demokratie lebt vom Widerspruch - auch oder vielleicht auch gerade ein Gewinn für uns, die wir den größten Veränderungsanspruch einfordern.

Ein Kampfbegriff zementiert die Debatte

Der Begriff "Unrechtsstaat" zementiert eine Debatte, die den Blick aufs Große und Ganze aber auch auf ganz individuelle Verantwortung nötig hat. Er verführt dazu, sich der eigenen Verantwortung zu entziehen, mit dem Verweis auf vermeintlich fehlende Handlungsspielräume. Ein Kampfbegriff, der die notwendige Vielfalt der Perspektiven auf die DDR eher verstellt als offenlegt.

Aber es ist auch nicht außerhalb meiner Vorstellungskraft, dass er für diejenigen Wiedergutmachung und Klarheit sein könnte, die Unrecht selbst erlebt haben: Andersdenkende, die drangsaliert wurden und Brüche in ihrer Biografie hinnehmen mussten. Meine grundsätzliche Kritik am Begriff bleibt dennoch.

Seine Niederschrift in einem gemeinsamen Papier möglicher Koalitionspartner wird für mich von Bedeutung sein bei der Abwägung, einer Koalition zuzustimmen oder eben nicht. Es wird von Bedeutung sein, als ein Punkt unter vielen anderen, die wir in unserem Wahlprogramm vorschlagen. Weil ich mir im Klaren bin: Es wird Gewinne und Verluste geben. In einer Demokratie ist das nicht anders zu haben. Nirgendwo. Wir werden uns einbringen in den Streit darum. Im Herbst 2014, in Quedlinburg, haben wir unsere Prämissen dafür ein weiteres Mal beschlossen.

Das letzte Wort hat die Partei

Anders als in Thüringen und Brandenburg begrenzt unsere Landesverfassung den Zeitraum zwischen Landtagswahl und Regierungsbildung auf exakt 6 Wochen. Gemeinsam mit der SPD wollten wir diese Zeit verlängern. Um Zeit für basisdemokratische Mitbestimmung einzuräumen. Das ist an der CDU gescheitert.

Unsere Satzung legt für einen Mitgliederentscheid eine Frist von zwei Wochen fest. Die Entscheidung der Gremien nach der Wahl 2016, die Konstituierung von Verhandlungsgruppen, vor allem aber die gegebenenfalls konfliktträchtigen Verhandlungen selbst und die Organisation des Mitgliederentscheids müssten in einer extrem kurzen Zeit von verbleibenden vier Wochen realisiert werden. Damit wird ein solches Vorhaben ein sehr riskantes Unterfangen. Der Landesvorstand hat darüber bereits im vergangenen Jahr intensiv beraten, aber noch nicht entschieden. Das letzte Wort jedoch, ob ein dann ausgehandelter Vorrat an politischen Gemeinsamkeiten und Kompromissen in einem Koalitionsvertrag tragfähig und akzeptabel sind oder eben nicht, das bleibt in jedem Fall bei den Genossinnen und Genossen unserer Partei. Auch wenn es letztlich die Delegierten eines Parteitages sind.

Jetzt streiten wir für unsere politischen Ideen

Jetzt aber werden wir ein Wahlprogramm erarbeiten, um ein Angebot zu machen, um zu zeigen: Unser Land

braucht Veränderungen. Dazu haben wir Ideen und Vorstellungen. Es gibt eine große Erwartungshaltung an uns, für Veränderungen zu kämpfen. Im Wahlkampf fordern wir harte und klare politische Auseinandersetzung. Ab jetzt wünsche ich mir deshalb einen gemeinsamen und engagierten Wahlkampf. Lasst uns für unsere eigenen politischen Vorstellungen und Konzepte werben und für ein starkes Wählervotum kämpfen - ein Votum für demokratisch-sozialistische Politik. Anders ist DIE LINKE nicht zu haben!

Liebe RedakteurInnen, als Landesvorsitzende erreichten mich vor einiger Zeit aus Halle einige besorgte Fragen zum Thema Regierungsbeteiligung und zum Streit über den Begriff Unrechtsstaat. Der Vorschlag der Hallenser GenossInnen war, daraus einen Artikel zu machen. Das habe ich getan. Es sind zwei Seiten. Da ich denke, dass es Fragen sind, die möglicherweise viele GenossInnen bewegen könnten, stelle ich den Artikel gleich allen Kleinen Zeitungen zur Verfügung.

Mit herzlichen Grüßen!
Birke

Fraktion DIE LINKE [LSA]:

Menschenwürdige Unterbringung sichern - langfristig und weitsichtig planen

*Zur Absicht der Landesregierung, die Zentrale Aufnahmestelle (ZAST) Halberstadt mittels Containerbauten zu erweitern, erklärt die migrationspolitische Sprecherin der Fraktion **Henriette Quade**:*



„Die Erweiterung der Erstaufnahmekapazitäten in Halberstadt ist zwingend notwendig, und darüber besteht auch schon lange Klarheit. Angesichts dessen ist es umso unverständlicher, dass Gebäude der ZAST nach wie vor nicht komplett nutzbar und ausgebaut sind. Das Land stand schon lange in der Pflicht, nach weiteren Kapazitäten zu suchen, aber jetzt bestehen massiver Handlungsdruck und die Notwendigkeit einer schnellen und praktikablen Lösung. Dem verschließt sich auch DIE LINKE nicht. Allerdings – und das sollte nicht in Vergessenheit geraten – hat der Landtag ausdrücklich betont, dass im gesamten Land gesucht werden soll und dass Behelfsunterbringungen wie etwa Container als schlechteste Variante zu bewerten sind.

DIE LINKE favorisiert nach wie vor landesweit die Prüfung, ob Familien bereits in der Erstaufnahme besser als in der ZAST untergebracht werden können. Vorstellbar ist hier eine Unterbringung in Wohnungen oder auch Wohnblocks.

Wenn jetzt die ZAST am Standort Halberstadt erweitert werden soll, bedarf es zwingend auch des Ausbaus der dortigen Infrastruktur. Notwendig ist mehr Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, ebenso mehr Personal für Betreuung, Rechtsberatung, gesundheitliche Untersuchung und Versorgung sowie für Kinderbetreuung. Container sind angesichts der Enge und der mangelnden Privatsphäre für DIE LINKE wahrlich keine gute Lösung, das betrifft auch ganz elementare Bedingungen der Unterbringung wie sommerliche Temperaturen etc. Turnhallen als

Behelfsunterkunft stellen dazu aber wahrlich keine Alternative dar. DIE LINKE fordert das Land auf, Container tatsächlich nur als Übergangsvariante einzusetzen und schnellstmöglich langfristige Lösungen für eine menschenwürdige Unterbringung zu schaffen.

Für DIE LINKE gilt es als anstrengenswert, entweder alle Familien konsequent in Wohnungen unterzubringen und Zugang zu Ämtern, Betreuung und Gesundheitsversorgung zu gewährleisten oder aber eine zweite neue ZAST mit kompletter Infrastruktur und Platzbedarfsplanung zu schaffen. Die sollte dann auch einen weiteren Anstieg der Zuweisungszahlen von vorne herein berücksichtigen, und sie sollte möglichst in bewohntem Umfeld einer der größeren Städte liegen. Das ist wegen der besseren Infrastruktur für Unterstützer, für den Zugang zu Beratungsdiensten, für die Sicherheitslage, für den Einsatz von Dolmetschern etc. mehr als sinnvoll. Wichtig bleibt dabei, die Perspektive der Bewohner einzunehmen und optimale, nicht billigste Lösungen zu suchen. Es geht um eine offene Suche, nicht um die Fixierung auf ehemalige Kasernen, Berufsschulheime o.ä., was aber durch notwendigen Platzbedarf (mindestens 500 sind notwendig um Zweigstelle des BAMF zu bekommen) sowieso erforderlich ist.

Nicht zuletzt im Landtag war viel von Willkommenskultur und Menschenwürde die Rede – jetzt gilt es zu handeln.“

Magdeburg, 12. Mai 2015



Nutzen und Ehrung zugleich

Nach Berthold Brecht „...sie ehrten ihn, indem sie sich nützten ...“ organisierten die Senioren der Halberstädter Linken Frühjahrsputz. Heike und Peter Jehnichen befreiten das Ehrenmal der VVN auf dem städtischen Friedhof von Moos und Unkraut.



Heike und Peter Jehnichen

Aus Anlass des 70. Todestages von Käthe Kollwitz organisierte die AG Senioren mit einer Spendensammlung den Kauf von Rosen für das Rondell auf dem Käthe- Kollwitz- Platz. Am 22. April wurden Unkraut und Unrat aufgesammelt und der Platz in einen ansehnlichen Zustand versetzt. Durch den Stala der Stadt gab es dabei termingerechte Unterstützung. Der 197. Geburtstag von Karl Marx erfuhr eine Würdigung durch Pflegearbeiten auf dem Marx- Engels- Platz. Auch hier wurden Unkraut und Unrat weggeräumt.

Die Aktivitäten der fleißigen Helfer wurden in der Volksstimme gewürdigt. Allen Helfern ein großes Dankeschön. (H-J.S)

„Harzlaut“: Wie zu erfahren war, hat Fam. Karin und Burkhard Pflug in Quedlinburg vor der Ehrung die Gedenksteine gesäubert. Vielen Dank.

55 Kilometer in zwei Tagen: Wernigeröder LINKE-Landtagsmitglied Evelyn Edler nahm am 13. Huy-Burgenlauf teil

Am 2. und 3. Mai fand im Harzkreis nördlich von Halberstadt mit der 13. Auflage des Huy-Burgen-Laufes wieder einer der beliebtesten Läufe der Harzregion statt, der erneut hunderte Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus nah und fern anzog.

Auf der 55 Kilometer langen Laufstrecke, die sich über zwei Tage von Schlanstedt über die Huysburg und Ströbeck weiter zur Westenburg erstreckt, ging auch die Wernigeröder LINKE-Landtagsabgeordnete Evelyn Edler an den Start.

Die 34-jährige Landtagsabgeordnete und begeisterte Läuferin nimmt bereits seit vielen Jahren am Huy-Burgen-Lauf teil, der durch die reizvolle und mit touristischen Sehenswürdigkeiten gespickte Landschaft des Huys führt.



Anknüpfend an frühere Traditionen der Huy-Läufe, haben sich Sportfreunde, Veranstalter und Bürger zusammengefunden, um Sport und Tourismus erfolgreich miteinander zu verbinden und so Geschichte und Kultur der Region den Teilnehmern und Gästen des Laufes näher zu bringen, würdigt Evelyn Edler das Engagement des Huy-Burgen-Lauf-Fördervereins um Vereinschef Rainard Mühlhaus aus Schlanstedt.

LAG Senioren unterstützt Ältestenrat

Hans-Jürgen Scholz, Halberstadt. Vor. der LAG

Der Ältestenrat der Partei unterstützt in seiner Erklärung vom 26. März die Erklärung des Bundesausschusses vom 21./22. Februar in Vorbereitung des Parteitages am 6./7. Juni in Bielefeld.

Als besonders wichtig wird benannt:

- Intensivere Hinwendung der Linken zur sozialen Frage in ihren konkreten Erscheinungsformen, verbunden mit ringen um breitere soziale Gerechtigkeit,
- Kampf gegen Rechtsentwicklung in all ihren Schattierungen, verbunden mit dem Ausbau der sozialen Demokratie,
- Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr und Tendenzen der Militarisierung, verbunden mit der Unterstützung des Kampfes um den Frieden.

Im Internet und im „Disput“ Mai 2015 sind die Erklärungen veröffentlicht. Die Erklärungen stehen auch nach dem Parteitag im Focus unserer Beratungen.



Harzer Pressemitteilung

Fortsetzung Titelseite

Harzer LINKE kritisiert Brehmer-Zustimmung zum Tarifeinheitsgesetz

... „Die Koalitionsfreiheit ist nicht irgendein Recht sondern ein von der Verfassung garantiertes Grundrecht. Wer das Streikrecht auf diese Weise einschränkt, begeht Verfassungsbruch mit Ansage. Ein Gesetz, das Gewerkschaftsrechte fundamental beschneidet, hat vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe niemals Bestand. Die Bundesregierung riskiert mit diesem Vorhaben einen großen Konflikt und am Ende eine höchstrichterliche Klatsche“, so die LINKE- Landtagsabgeordneten Edler, Hohmann und Lüderitz abschließend.

Link zur Übersicht der namentlichen Abstimmung zum Tarifeinheitsgesetz:

<https://www.bundestag.de/bundestag/plenum/abstimmung/grafik?id=341&url=/apps/na/na/fraktion.form&controller=fraktion>



„Harzlaut“: wir haben zu unserer letzten Ausgabe mit dem Beitrag über den 8. April zum Gedenken an den Bombenangriff auf Halberstadt zwei Beiträge erhalten, die wir gern abdrucken und uns bei den Zu Sendern bzw. Autoren herzlichst bedanken.

André Baud, Vertreter der Gruppe der 2. Generation an der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge

Rede auf der Gedenkveranstaltung
(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Liebe Halberstädter Freunde,

es ist eine große Ehre für mich, heute mit Ihnen gemeinsam des tragischen 8. Aprils 1945 zu gedenken, als Hunderte Einwohner dieser schönen Stadt im Feuer der Bomben starben. Zweifellos waren nicht alle Opfer fanatische Nazis, unter ihnen waren Alte, Kinder und ganz «normale» Männer und Frauen, die auf eine Erlösung von der Barbarei hofften.

Natürlich galt es, diesem grausamen Regime ein Ende zu bereiten. Aber das Regime war legal an die Macht gekommen, und das ist eine der grundlegenden Einsichten, zu der wir im Hinblick auf diese schreckliche Zeit kommen müssen: der Extremismus hat auf dem Urnengang die Macht ergriffen und, wie angekündigt, Haß, Massenmord und menschliche Zerstörung gebracht. Und auf dem gleichen Wege kann das heute wieder geschehen, hier in Deutschland, bei uns in Frankreich und in jedem anderen Land dieser Welt.

Gedenken ist notwendig, doch über das Leid der Angehörigen und die Trauer jedes Einzelnen hinaus machen diese Veranstaltungen nur Sinn, wenn wir uns weltweit daran erinnern, dass der Nazismus nur existieren konnte, weil eine Bevölkerungsmehrheit, die durch Haß auf Andere und gnadenlose Parolen aufgehetzt war, ihn blind gewählt hatte.

Das betrifft auch das Erinnern an die Häftlinge in den Konzentrationslagern, an die Schrecken und die blinde Gewalt, die sie erlebten, an die mitunter tödlichen Schläge, denen sie ausgesetzt waren - auch dieses Gedenken macht nur Sinn, wenn wir es auf die Gegenwart beziehen, damit es überall auf der Welt eine friedliche Zukunft geben kann.

Am kommenden Sonntag werden wir in Langenstein der Befreiung dieser Unglücklichen gedenken, zu denen auch mein Vater gehörte. Er ist letztes Jahr von uns gegangen, aber ich bin sicher, wo immer er jetzt auch sei, er würde sich mir anschließen, um Ihnen seine Anteilnahme und sein Mitgefühl für die Opfer dieses Infernos auszusprechen.

Wenn Sie am Sonntag nicht an unserer Seite sein können, dann bitte ich Sie um einen Gedanken an all diese Menschen, die wenige Kilometer vor Ihrer Stadt gequält und getötet wurden.

Mit Ihnen gemeinsam verneige ich mich aufrichtig und ehrerbietig vor diesen Ruinen, die das Grauen symbolisieren.

Erinnerung an den 2. Weltkrieg, Zeitzeugen Astrid Meyer, Halberstadt

April 1945 meine Mutter war damals knapp 7 Jahre alt. Ihre Mutter, damals 33 Jahre alt, war mit dem 2 Jahre älteren Bruder und mit ihr von Stettin über Rostock, die Altmark bis nach Halberstadt vor dem Krieg geflohen. Hier in Halberstadt war noch alles ruhig. In der oberen Harmoniestraße hatten sie ein Zimmer ergattert und sich mit ihrem Wenigen eingerichtet. Dann, am 8.4. 1945 der große Bombenangriff und Frau und die beiden Kinder flohen aus der Stadt, nur raus, nur weg. zu Fuß, die 7jährige, der 9 jährige, die junge Mutter. Viele Menschen waren auf demselben Weg, Richtung Huy, zu Fuß!!! Am Rande des Huy konnte die kleine 7 jährige nicht mehr laufen, wollte nach Haus. Ihre Mutter wies in Richtung Halberstadt: Dorthin können sie nicht mehr zurück, alles brennt.

Später, viele Jahre lang wunderte sich meine Mutter, warum die Gedenkveranstaltung an der zerstörten Franzosenkirche am 8.4. immer um 11.30 Uhr, also am helllichten Tage, stattfand.

In ihrer Erinnerung als 7 jährige hatte sich ihr beim Blick vom Huy zurück auf Halberstadt eingepägt, der Bombenangriff sei in der Nacht gewesen. So fürchterlich schwarz war es über der Stadt gewesen.



Im September 2014 ist Mutti verstorben, in ihre Todesannonce haben wir die Friedenstaube, als Ausdrucks ihres Willens nach Frieden für alle Menschen dieser Erde.

Nach der Flucht aus der brennenden Stadt kamen meine Oma, die beiden Kinder und Uroma und Uropa in einem kleinen Dorf hinter dem Huy an. Das kleine Dorf war plötzlich voller Flüchtlinge und jede Kammer und Scheune füllte sich mit vielen Menschen die nun nicht mehr hatten als sie am Leibe trugen. Kein Mantel, kein zweites Paar Schuhe, kein Spielzeug. Von Geschirr und Wäsche keine Rede.

Wohlgelitten waren sie bei den alteingesessenen Dorfbewohnern zu Anfang nicht unbedingt. Die vielen Habenichtse, Esser, Unruhebringer. Meine Oma erzählte mir später einmal, dass sie sich die erste Zeit heimlich, nachts, an die Grude des Hauses, in dem sie untergekommen waren, geschlichen hat. Auf dem Foto, der Löffel aus Holz, war dann wieder ihr erstes eigenes Stück "Besteck". Mein Uropa hat ihn selbst geschnitzt.

Dieser Holzlöffel ist also 70 Jahre alt. Ich habe ihn dann bei meiner Oma im Haushalt gesehen und die Geschichte erfahren. Sie benutzte ihn immer noch, er steckte im Salzfass. Heute benutze ich ihn, zum dosieren meines Waschmittelpulvers. Er ist mein wichtigstes Erbstück, in Erinnerung an Oma Else und an Mutter Renate.



DIE LINKE.

Katja Kipping, Bernd Riexinger Parteivorsitzende
Berlin, 20. Mai 2015
Partei Vorstand DIE LINKE,
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

An die
Mitglieder der Partei DIE LINKE

Liebe Genossinnen und Genossen,

vor fast einem Monat fand die Linke Woche der Zukunft statt. Mehr als 1000 Besucherinnen und Besucher aus dem ganzen Bundesgebiet und aller Altersgruppen haben vier Tage lang miteinander über die Zukunft der Demokratie, Daseinsvorsorge, Arbeit, Produktion, sozialen Gerechtigkeit, Ökologie, Kultur, Demokratie und Partei und vieles mehr diskutiert, argumentiert, sich ausgetauscht und vernetzt. Kunst und Kultur, Stadtpaziergänge und Kaffeetrinken in der Sonne kamen ebenfalls nicht zu kurz auch das hat uns begeistert.



Die Linke Woche der Zukunft bot den Raum jenseits des starren Korsetts von Parteitagen und Wahlprogrammdiskussionen miteinander zu diskutieren und sich auszutauschen. Und das nicht allein unter sich, sondern gemeinsam mit Interessierten und kritischen Köpfen aus Bewegungen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kultur.

Herausforderungen, denen wir uns als LINKE und gesellschaftliche Linke stellen müssen, gibt es viele.

Denn noch sitzen die neoliberalen Eliten in Europa fest im Sattel. Doch es ist nicht die Begeisterung der Massen, die sie trägt, sondern Passivierung und der Mangel an Begeisterung für Alternativen. Aber das muss nicht so bleiben. Denn ein Gespenst geht wieder um in Europa. Genau genommen sind es viele Gespenster.

Diese Gespenster eines Aufbruchs gegen die Trostlosigkeit der herrschenden neoliberalen Politik haben sich in den Demonstrationen gegen die Kürzungspolitik, in den „neuen

Demokratiebewegungen“ von Occupy und Empörten, in den Platzbesetzungen, den grenzübergreifenden Netzwerken der Fluchhilfe und der praktischen Willkommenskultur, den Stadtteilversammlungen, sowie den aktuellen Streikbewegungen entwickelt. In all diesen sozialen Protesten in der Krise erklingt eine neue Melodie, die die Verhältnisse zum Tanzen bringen will: die Melodie der „wirklichen Demokratie“. Ihre gemeinsame Botschaft lautet: Veränderung liegt in der Luft, es spukt die neue Version einer alten Idee: Demokratie.

Auch bei Syriza in Griechenland und Podemos in Spanien geht es letztlich um mehr als einen Regierungswechsel, es geht vielmehr um den Aufbau von etwas Neuem. Sollte sich auch in Deutschland eine neue gesellschaftliche Dynamik entwickeln, sollten sich die verschiedenen Initiativen zu einer umfassenden Aufbruch für wirkliche Demokratie verdichten, werden wir nicht am Rande stehen, sondern mitten drin und aktiv dabei sein.

Denn: Mit einer bloß anderen Verwaltung der Gegenwart ergibt sich keine Zukunft, schließlich ist unsere Welt grundsätzlich im Umbruch. Deswegen haben die praktischen Ansätze zur (digitalen wie analogen) Selbstorganisation, dem Aufbau der Commons und der Entwicklung einer anderen Lebensweise eine wichtige Bedeutung für uns.

Damit die Erkenntnisse der Linken Woche der Zukunft nicht verpuffen, müssen an der begonnenen Diskussion anknüpfen und gemeinsam fortführen. Ob auf Bundesebene oder regional.

Auf der Website www.linke-woche-der-zukunft.de (und im Anhang dieser Mail) findet ihr bereits unser Zukunftsmanifest „Die kommende Demokratie. Sozialismus 2.0“, sowie Mitschnitte einzelner Veranstaltungen der LINKEN und der Rosa-Luxemburg-Stiftung dokumentiert. Die Veranstaltungen der Linksfraktion folgen.

Dort wird es in den nächsten Wochen eine umfangreiche Dokumentation der einzelnen Veranstaltungen geben.

Die Zukunft beginnt heute – nehmen wir sie gemeinsam in die Hand.

Mit solidarischen Grüßen

Katja Kipping
Bernd Riexinger

Das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin



Das traditionsreiche Karl-Liebkecht-Haus in Berlin ist der Sitz des Parteivorstandes der Partei DIE LINKE und seiner Bundesgeschäftsstelle. Auch der Landesverband Berlin und die Bezirksorganisation Berlin-Mitte haben hier ihre Büros. Ein Teil des Gebäudes ist als Bürohaus vermietet. Im Karl-Liebkecht-Haus finden regelmäßig Veranstaltungen statt, zu denen wir Sie herzlich einladen. www.die-linke.de



"Harzlaut-Splitter"

➤ Internetauftritt des Kreisverbandes unter: www.dielinke-harz.de. Zuarbeiten bitte einreichen! **Anmeldungen zur Harzer Rundmail**, d.h. aktuelle Emails werden vom Regionalbüro direkt an euch weitergeleitet. Weitere Interessenten bitte melden. Unser „Harzlaut“ hat eine kleine Schwester, die „**Harzlaut**“ **Online-Ausgabe**. Auf unserer Homepage hat die Online-Ausgabe einen festen Platz erhalten. In dieser Online-Ausgabe veröffentlichen wir nur Beiträge für und aus unserer Region.

✓ **Wer möchte per Email** den „Newsletter“ unserer Partei zu gesandt bekommen? **Meldungen an region@dielinke-harz.de**

➤ Veranstaltung vom „**Rotfuchs**“ gemeinsam mit ISOR in Halberstadt, Gaststätte Lindenhof am 19. Juni 2015 – 16.00 Uhr Thema: „China – asiatischer pazifischer Raum“.

➤ **Urlaubszeit naht:** Das Wernigeröder Wahlkreisbüro wird vom Montag, 1. Juni, bis zum Mittwoch, 17. Juni, wegen Urlaub nicht besetzt ist. Für diesen Zeitraum ist Evelyn Edler über die E-Mail-Adresse im Magdeburger Landtagsbüro zu kontaktieren: evelyn.edler@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

➤ Am **11.05.2015** fand im Blankenburger Bürgerbüro eine kurzfristige **Regionalberatung** unserer Landtagsabgeordneten, Wahlkreismitarbeiter und unserem Regionalgeschäftsführer statt. Inhaltlicher und terminlicher Schwerpunkt der Beratung war die Vorbereitung des 2. Halbjahres 2015.

➤ **„Harzlaut“ in eigener Sache:** Wir stehen mit der heutigen Ausgabe Nr. 199 vor der „200“, also ein rundes Jubiläum steht an. Dies möchten wir ein wenig feiern. Aber wie es so nun einmal so ist, ist eigentlich keine Zeit und dazu steht die Sommerpause vor der Tür. Trotzdem haben wir uns entschlossen, nicht auf eine „Jubiläumsausgabe“ und „Feierstunde“ zu verzichten. Deshalb planen wir für September/Oktober eine **Jubiläumsausgabe**. Aus diesem Grunde möchten wir alle **unsere Leserinnen und Leser bitten, dass sie im Rückblick der Ausgaben sich zum/über den „Harzlaut“ zu Wort melden**, also zu Feder greifen. Was verbindet uns mit dem „Harzlaut“ oder wo wurden Ausgaben verteilt oder wer hat noch die älteste Ausgabe. Wir möchten einfach in der Erinnerung graben und mehr Beiträge wir haben, umso interessanter wird dann die „Jubiläumsausgabe“.

Aus besagten Zeitgründen werden wir auf die eigentliche runde 200ste Ausgabe, die turnusgemäß vor dem Ferien liegen wird, bleiben und dabei die aktuellen Themen, wie z.B. Berichte vom Bundes- und Landesparteitag behandeln.

Für die spätere „Jubiläumsausgabe“ anlässlich der 200 Ausgaben bitten wir Euch um besagtes Zuarbeiten und wenn unsere Planungen aufgehen, dann werden wir es würdig begehen!

Also wer weiß, wann die „Harzlaut“ Nr. 1 erschien, dies war auch die Frage zur 100!

➤ **Vormerker – Bund- & Landesebene**
06.06. – 07.06.2015, Bundesparteitag in Bielefeld
20.06. – 21.06.2015, Landesparteitag in Magdeburg, u.a. mit den Neuwahlen des LV und seiner Gremien

➤ **Vormerker** (Bei allen Terminen gilt das Hausrecht):
08.06.2015, Geschf. KV, 16.00 Uhr, Halberstadt
22.06.2015, KV Harz, 18.00 Uhr, Ort noch offen
13.07.2015, KV Harz mit den Vors. der OV, 18.00 Uhr, Halberstadt, Lindenhof

Aktuelle Informationen und weitere Termine über www.dielinke-harz.de

Impressum

Info-Blatt DIE LINKE. KV Harz „Harzlaut“, Auflage 360 Stück, Herausgeber DIE LINKE. KV Harz, Regionalbüro Harz, Rainer Zühlke, 38820 Halberstadt, Hoher Weg 12b Tel.: (0 39 41) 2 43 95 / Fax: (0 39 41) 57 15 64 - Internet: www.dielinke-harz.de - E-Mail: region@dielinke-harz.de & kv@dielinke-harz.de und ist für eine Spende erhältlich.

Artikel, Meinungen, Berichte oder Informationen spiegeln nicht die Meinung des Herausgebers wieder. Auf der Homepage des Kreisverbandes ist eine „Harzlaut“ Online-Ausgabe veröffentlicht. Für die Inhalte im „Harzlaut“ gilt das Urheberrecht. Wir bitten um Beachtung.

Nächste Ausgabe: Juli 2015
Redaktionsschluss: 29.06.2015

Unsere Anschriften:

DIE LINKE. Regionalbüro Harz **Kreisverband & Kreistagsfraktion Harz**

Hoher Weg 12b, 38820 Halberstadt
Tel.: (0 39 41) 2 43 95
Fax: (0 39 41) 57 15 64
Email: region@dielinke-harz.de
www.dielinke-harz.de

Bürgerbüro Blankenburg

MdL André Lüderitz
Lange Str. 17, 38889 Blankenburg
Tel.: (0 39 44) 6 88 10 50
Fax: (0 39 44) 6 88 10 60
E-Mail: post@andre-luederitz.de
www.andre-luederitz.de

Bürgerbüro Quedlinburg

MdL Monika Hohmann
Lange Gasse 3, 06484 Quedlinburg
Tel.: (0 39 46) 8 19 12 67
Fax: (0 39 46) 8 19 12 68
E-Mail: wkb@monika-hohmann.de
www.monika-hohmann.de

Bürgerbüro Wernigerode

MdL Evelyn Edler
Unterengengasse 4, 38855 Wernigerode
Tel.: (0 39 43) 63 63 15
Fax: (0 39 43) 63 63 14
E-Mail: wahlkreisbuero@evelyn-edler.de
www.evelyn-edler.de

Unsere Bankverbindung:

DIE LINKE. Kreisverband Harz
IBAN: DE56 8105 2000 0370 1421 52
BIC: NOLADE21HRZ
(Harzsparkasse)

Wir danken für die Überweisung aller Spenden.



**Mindestsicherung
ohne Sanktionen
statt Hartz IV.**

DIE LINKE.

**Arbeit umverteilen
statt Dauerstress
und Existenzangst.**

DIE LINKE.



www.das-muss-drin-sein.de

**Wohnung
und Energie
bezahlbar
machen.**

DIE LINKE.

**Mehr Personal für
Bildung, Pflege
und Gesundheit.**

DIE LINKE.



**Befristung
und Leiharbeit
stoppen.**

DIE LINKE.